

# **DIE LINKE. Sachsen**

## **Landesvorstand**

### **Niederschrift der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand und Kreisvorsitzenden vom 14. Juni 2015**

Ort: InterCityHotel Dresden

#### **Anwesende Mitglieder:**

**Landesvorstand:** Fabian Blunck, Cornelia Falken, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Stefan Hartmann, René Jalaß, Heiko Kosel, Silvio Lang, Tilman Loos, Sabine Pester, Heinz Pingel, Michaela Vogel, Dagmar Weidauer

**Kreisvorsitzende:** Marion Junge, Annetrin Klepsch, Jan Windisch (i.V.f. Janina Pfau), Kerstin Lauterbach, Falk Neubert, Klaus Tischendorf, Andreas Salzwedel, Nico Brünler, Volker Külöw

#### **Entschuldigte Mitglieder:**

**Landesvorstand:** Jayne-Ann Igel, Claudia Jobst, Verena Meiwald, Kevin Reißig, Juliana Zybul, Sarah Buddeberg, Susanna Karawanskij, Heiko Rosenthal, Efstathios Soudias

**Kreisvorsitzende:** Tilo Kießling, Janina Pfau, Mirko Schultze Lutz Richter, Holger Luedtke, Susanna Karawanskij

#### **Gäste:**

Thomas Dudzak (Mitarbeiter WahlFabrik)

#### **Erstellung der Niederschrift:**

Robert Wünsche

#### **Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:**

##### Unterlagen:

Tagesordnung

DS 4 - 305 Vorschlag TO 12.LPT.

DS 4 - 306 Vorschlag Zeitplan 12.LPT

DS 4 - 307 Vorschlag Arbeitsgremien 12.LPT

DS 4 - 308 Vorschlag GO 12.LPT

DS 4 - 311 org. Auswertung Unterstützung BürgermeisterInnen- und Landratswahlen 2015

DS 4 - 313 Erklärung Landratswahlen

DS 4 - 314 1. Entwurf des Leitantrages an den 12. Landesparteitag der LINKEN Sachsen

DS 4 - 315 Satzungsänderung Einladung LJT.

DS 4 - 316 Satzungsänderung Anerkennung LwZ.

DS 4 - 317 Satzungsänderung Frist Delegiertenschlüssel LPT

DS 4 - 318 Satzungsänderung Frishtarmonisierung

DS 4 - 319 Satzungsänderung MGE Personalfragen

DS 4 - 320 Satzungsänderung Vertretungsregelung LaRa

DS 4 - 321 Satzungsänderung Fraktionssitzung

DS 4 - 322 Satzungsänderung Struktur Gliederung KV

DS 4 - 323 Satzungsänderung WahlbewerberInnen Gemeinden

DS 4 - 324 Satzungsänderung Ortsverbände

DS 4 - 325 Satzungsänderung Mandatszeitbegrenzung

DS 4 - 326 Zwischenbericht Satzungskommission

DS 4 - 327 Debatte gemeinsame Beratungen

Übersicht Ergebnisse BM- & LR-Wahlen

## Tagesordnung:

|    | Tagesordnungspunkt  | DS-Nr.   |
|----|---|--|
| 1. | Stand der Durchführung der Datenschuttschulungen in allen Kreisverbänden  |  |
| 2. | Vorbereitung des Landesparteitages gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden: <ul style="list-style-type: none"><li>- Information zur Debatte bis zum Parteitag und Vorstellung der Entwürfe, die als Anträge an den Parteitag beschlossen wurden</li><li>- Diskussion zu den Vorstandswahlen – Was wollen wir mit dem Landesvorstand erreichen?</li><li>- dabei Diskussion zum Umgang mit Anträgen zu den strategischen Wahlkreisen für die Landtagswahl 2019</li><li>- Diskussion, wie „Politik für sorbische Minderheit“ in Sachsen weiterentwickelt werden kann (Stand der bisherigen Zuarbeiten als Aufschlag)</li></ul> | DS 4 – 314<br>(Leitantrag)<br>DS 4 – 305 /<br>306 / 307 /<br>308<br>(Regularien)<br>DS 4-315 bis<br>325 / 326 /<br>327 (Satzung) |
| 3. | Fortsetzung des TOPs Vorbereitung Landesparteitag   |  |
| 4. | Auswertung der Landrats- und Bürgermeisterwahlen aus Sicht der Kreisverbände  | DS 4 – 311<br>DS 4 – 313<br>Übersicht<br>Ergebnisse<br>BM- & LR-<br>Wahlen   |
| 5. | Auswertung des Bundesparteitages  |  |

### TOP 1 – Stand der Durchführung der Datenschuttschulungen in allen Kreisverbänden

- Datenschuttschulungen (notwendig u.a. für Benutzung des Mitgliederprogramms) wurden durchgeführt
- Schulungen sollen alle 2 Jahre durchgeführt werden

### TOP 2 – Vorbereitung des Landesparteitages gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden:

#### *Information zur Debatte bis zum Parteitag und Vorstellung der Entwürfe, die als Anträge an den Parteitag beschlossen wurden*

- Stefan Hartmann, Cornelia Falken, Antje Feiks und Kevin Reißig
- 28 Dokumente zur Strategiedebatte wurden eingereicht
- dies wurde mit dem, vom Landesvorstand gestern übernommenen, Leitantrag stark verdichtet
- Leitantrag ist kein Arbeitsplan, sondern ein Grundsatz-Dokument
- da unsere Situation sehr stark von der Bundesebene geprägt ist (u.a. Zukunftskonferenz und Kampagne „Das muss drin sein“, „Aprilthesen“ ...), wurde im Leitantrag stark darauf eingegangen
- Leitantrag geht auf wesentliche Punkte des Erfurter Programms ein
- Kapitel 2 in besonderer Verantwortung von Kevin Reißig entstanden; ausführliche Quellenlage
- Kapitel 4: Grundlagenpapier von Gebhardt/Scheel, sowie Inhalte von Pellmann/Schaper
  - Zeile 556-574 benötigen Korrektur: Kampf gegen Hartz IV, für eine gemeinsame Krankenkasse
- Bewegung nach rechts wird uns in zunehmenden Maße begleiten; Empfehlung hier: klare Kante zeigen
- Kapitel 5 basiert auf Papier von Tändler-Walenta/Feiks und Bezug auf Politik und Parteistruktur im ländlichen Raum
- Papier wiederholt, was uns als Partei eint
- in der Partei gibt es schöne Konzepte; allerdings alles auf Städte und nicht auf ländlichen Raum geeicht
- Wahlergebnisse im ländlichen Raum auch nicht, wie gewünscht
- schwindende Kräfte, immer höheres Durchschnittsalter in den Flächenkreisen; Wie kann man hier (von Landesebene) unterstützen?
- es wird ein solidarisches Prinzip zwischen Stadt und Land benötigt
- Gemeingüterdebatte ist zu führen
- in den Flächenkreisen geht die Bevölkerung stark zurück, was eine relevante Frage für die Infrastruktur ist
- Kapitel 6, außerparlamentarische Verankerung, von Cornelia Falken
- Papier muss mit Projekten untersetzt werden

- wir können nur erfolgreich arbeiten, wenn wir unsere Vernetzung auf Landes- und Kreisebene beibehalten und ausbauen
- wir sollten nicht alle Auffassungen der Gewerkschaften übernehmen; dennoch sollten zwischen unterschiedlichen Positionen der einzelnen DGB-Gewerkschaften differenzieren
- Sozialpartnerschaftsprinzip als Erfolgsprinzip von Gewerkschaften thematisiert
- das Thema ‚Freiheit‘ soll sich wie ein roter Faden durch das Papier ziehen; „Geschlechtergerechtigkeit“ wird noch eingebracht
- Leitantrag ist ein nach innen gerichtetes Papier
- die Ressourcenfrage muss gestellt werden
- Zeilen 105-121 wurden gestrichen
- Zeilen 434-444 wurden gestrichen
- es wird Änderungsanträge zum Thema „Prekarität“ und „ländlicher Raum“ geben

aus der Diskussion:

- zu Industrie 4.0 sollten wir auf die Diskussion auf Ebene der Europäischen Linken zurückgreifen
- Landesvorstandsmitglieder kennen die Vorlage schon eher; Änderungsanträge sollten dann schon eher (zur Beratung des Landesvorstandes) eingebracht werden
  - es gibt nachvollziehbare Terminentschuldigungen
  - zu einer gute Kommunikation gehört auch, dass man sich nicht mit Änderungsanträgen befeuert, sondern Auge in Auge Vorschläge diskutiert
  - wir sollten uns die Chance geben, das Thema zu diskutieren
  - es lässt sich leichter arbeiten, wenn Text vorliegt
- wir haben Erfurter Programm und Wahlprogramm; wir brauchen nicht jede Grundlage erneut zu erwähnen, sondern nur die 5-10 Schwerpunkte, auf die wir uns die nächsten 10 Jahre konzentrieren wollen; Kommunalpolitik sollte ein Hauptschwerpunkt davon sein, damit wir bis 2018 eine stabile, kommunale Basis haben, bzw. neue KommunalpolitikerInnen gewinnen
  - das ist richtig; dennoch ist Parteirealität: „inhaltlich eindampfen, aber mein Thema muss noch mit rein“
- der sogenannte „Kleine Parteitag“ hat schon die Personalentwicklungskonzepte I und II beschlossen; Personalentwicklungskonzepte auf Kreisebene punktuell durchgeführt
  - im Erzgebirge hatten wir 8 KandidatInnen, in anderen Kreisverbänden 0
  - Personalentwicklungskonzepte sollten auf Kreis- und Landesebene verzahnt werden
  - PEK I und II sollte im Leitantrag angeteasert werden
  - Nachwuchs zu finden ist für alle Strukturen schwierig; viele linke EinsteigerInnen kommen zu uns, weil sie konkreten Veränderungsbedarf in der Gesellschaft (vor Ort) haben; mit und ohne Parteibuch (die Mehrzahl tritt dann auch ein)
  - die Aufgabe Personal zu finden, ist eine Daueraufgabe
  - Personalentwicklung in Zeiten von Dauerwahlkampf ist schwierig
  - wir benötigen MultiplikatorInnen, die Leute ansprechen (können); das fehlt momentan
- Leitantrag sollte ‚nur‘ die nächsten 4 Jahre umfassen; für Grundfragen haben wir die entsprechenden Positionen, die in der Partei Konsens sind
- soziale Struktur im ländlichen Raum zerdröselte
- die BürgerInnen können mit Kreisräten und Landräten nichts anfangen; Zusammenarbeit der Landtags- und Kreistagsfraktionen sollte intensiviert werden; Kreistagsfraktionen sollten unterstützt, vernetzt und etwas besser geführt werden
- als Partei bekommen wir immer mehr weiße Flecken, was wir als Partei auf Kreisebene nicht verändern können; dafür brauchen wir neue Strategien
- in der Gründungserklärung des Liebknechtkreises wurde vorgeworfen, nicht auf dem Boden des Erfurter Programms zu stehen; wenn die einen vorwerfen, nicht auf dem Boden des Erfurter Programms zu stehen und die anderen behaupten, es doch zu tun, dann eint doch beide Seiten, dass es den Wunsch gibt, auf dem Boden des Erfurter Programms zu stehen; aber sollte das im Leitantrag stehen
- im Leitantrag wird sich sehr an der CDU abgearbeitet, was nicht unbedingt falsch ist; viele Themen werden von der großen Koalition übernommen, was uns weiter an den Rand drängt
- ein Strategiepapier muss Handlungsansätze formulieren und keine Konzeptlosigkeit beschreiben; Beispiel Zeile 749: bei dem Thema ‚staatliche Schulen‘ vs. ‚freie Schulen‘ sind wir nicht konzeptlos
- es gibt nicht nur Städte und den ländlichen Raum herum; der ländliche Raum selbst ist sehr unterschiedlich

- Problem ist, dass der Landesentwicklungsplan etwas vorgibt, was im ländlichen Raum andere Positionen hinterfragt (hier mogeln wir uns in der Realität herum)
- Wollen wir mit dem Papier signalisieren, dass wir eine Debatte wollen? Dies ist als Debattenanstoß besser, als ‚wir sind konzeptlos‘.
- hier muss zwischen Position der Fraktion und der Partei unterschieden werden; dafür ist eine bessere Vernetzung erforderlich
- das Gründungsdokument des Liebknechtkreises fordert die Befragung des Erfurter Programms
- das Papier ist eine Zustandsbeschreibung (von Faktoren wie Wahlergebnisse) und hat dennoch indirekt mit der Frage der Strategie zu tun, da die Ressourcenfrage (Personal, Geld) entscheidend für die Umsetzung ist
- Frage: Wieviele Papiere haben wir und wie viele Positionen aus vorherigen Papieren wurden übernommen? Wir werden als Partei nur überleben, wenn wir in unsere Papiere Erfolgsbeispiele und Handlungsempfehlungen schreiben, statt Inhalte zu schreiben, die für die praktische Arbeit wenig nützen.
- Kernkompetenz unserer Partei auf allen Ebenen ist, dass wir uns gegenseitig katholisch machen; dies sollte man zukünftig unterbinden
- die organisatorischen und methodischen Fragen sollten wesentlich mehr in den Fokus gerückt werden; ebenso wie die Baustellen in der Partei
  - dies sollte über die Papiere prioritär kommuniziert werden
- in den Kreisen gibt es eine noch größere Schnittmenge zwischen Partei-Vorständen und Fraktionen, als das auf Landesebene der Fall ist
- die eine oder andere Erfahrung unsere KommunalpolitikerInnen sollten in dem Papier übernommen werden
- die Stärke des Papier ist, dass viele Inhalte der Strategiedebatte eingeflossen sind; gleichzeitig ist dies die größte Schwäche des Papiers
- Die Frage ist, was will man diesem Papier? Was wollen wir nach außen senden?
- der rote Faden ist noch nicht richtig zu erkennen; es liegt etwas vor, ist aber noch unklar, ob wir so etwas brauchen
- Dank an die GenossInnen die das Papier geschrieben haben
- wir haben den Hang, bestimmte Trigger-Worte aus dem Erfurter Programm zu bedienen
- wichtig wäre es, dass wir bei strittigen Fragen nach außen mehr klare Kante zeigen / stärker Positionen beziehen (Bsp: öffentliche Sicherheit, Windkraftanlagen, Kirche)
- auch in Städten gibt es eingemeindete Ortschaften, in der die Stadtverbände die gleichen Probleme haben
- wir haben bei der Landtagswahl mehr WählerInnen durch Tod verloren, als durch Nicht-LINKE-wählen
  - wir hatten früher aber auch einen sehr sozial-konservativen Wählerkern
- das Problem ist nicht, dass unsere GenossInnen nicht auf Grundlage des Erfurter Programms stehen, sondern viele unseres WählerInnen sterben
- ‚Freiheit‘, die wir meinen, ist ein anderer Freiheitsbegriff, als z.B. dem der FDP
- Erfurter Programm zu bedienen oder nicht kann wahlweise immer vorgeworfen werden; um diesen Vorwurf gegenüber dem Landesvorstand entgegenzuwirken, sollte auf das Erfurter Programm bezogen werden
- wir haben mit Programm eine Problembeschreibung; die Konzepte dafür müssen noch erarbeitet werden
- Wie produziert man in der Partei Gemeinsamkeit? sich ernst nehmen; gemeinsame Beschlüsse fassen
  - Beispiele des Widerspruchs bei ‚Gründungserklärung Liebknechtkreis‘ vs. Erfurter Programms werden genannt
  - der roten Faden sollte geführt werden, indem der Bezug auf das Erfurter Programm hergestellt wird
- jede Strategie muss an gesellschaftliche und politische Entwicklungen angepasst werden
- wir können Strategien entwickeln; da unsere Außenwahrnehmung stark von der Bundesebene abhängt, müssen wir das inkludieren, jedoch mindestens beachten
- wir gewinnen Mitglieder, wenn wir uns von anderen Parteien differenzieren
- Neu-Mitglieder wollen sofort aktiv werden; wenn man dann (außerhalb von Wahlkampf) keine Angebote haben, dann verlieren wir die Neu-Mitglieder wieder
- Frage: Was machen wir in der Praxis aus dem Leitantrag? Wie helfen wir den GenossInnen vor Ort mit dem Leitantrag?
- auf Landesebene sollte es weniger Papiere über die Anzahl der Mitglieder geben, als mehr Angebote, Projekte und Erfahrungen (der Basis) geben

- wir haben eine Strategiedebatte geführt und sollten im Leitantrag durchaus die heterogene Meinungsvielfalt abbilden
- was sind denn die Fragen, mit welchen Methoden wir zukünftige Mitglieder gewinnen; hier sind wir tatsächlich ratlos; das Papier wirft also die Frage auf, dass wir darüber nachdenken, was wir tun wollen; zur Ehrlichkeit gehört auch die Frage der Ressourcenlage
- ein Landesparteitagsbeschluss ist ein Landesparteitagsbeschluss und hat eine andere Wirkung als z.B. ein Beschluss eines Landesvorstandes oder sogenannten „Kleinen Parteitages“
- wir müssen eine sympathische Partei sein, damit wir akzeptiert werden
- Leitantrag sollte noch mal als Word-Datei (mit Möglichkeit der Kommentarfunktion) an Landesvorstand und Kreisvorsitzende geschickt werden
  - dies ist möglich, dennoch bitte nicht mit dem Kommentar „dieser Satz gefällt mir nicht“, sondern mit konkreten Änderungsvorschlägen
  - am Mi-Abend wird die Datei rumgeschickt.
  - bis 10. Juli sollten die Änderungsvorschläge an die Landesgeschäftsstelle geschickt werden
- Kreisverbände können zu schon stattfindenden Veranstaltungen in der Kreisen Mitglieder des Landesvorstandes einladen

#### Satzungsänderungen:

- Satzungskommission mit 10 Mitgliedern gebildet; teilweise geringe Beratungsteilnahme der Mitglieder

#### DS 4 – 327:

- es gibt viele verschiedene Gremien und Beratungen
- zu unterscheiden ist zwischen satzungstechnisch erforderlichen und zusätzlich real notwendigen Beratungen
- wir sollten uns mit der Rolle der Beratungen auseinandersetzen
- Probleme bei den aktuellen Beratungen:
  - die Partei schrumpft; der Apparat an Gremien bleibt gleich
  - viele Gremien erfüllen nicht das Kriterium der Frauen-Quotierung (z.B. Kreisvorsitzende, Fraktionsvorstand und de facto Landesrat)
- Ziele:
  - weniger Sitzungen
  - geringere Kosten
  - klarere Aufgaben und Abstimmungsregelungen für die Gremien
  - Nicht-Quotierung aufheben
  - Kontroll-Organ für den LaVo soll beibehalten werden
- Alternativ-Modell 1 (große Änderung) Aufbau:
  - Landesvorstand (gewählt von Landesparteitag)
  - Landesausschuss (Landesvorstand, 30 VertreterInnen der Kreise, 2 VertreterInnen der SeniorInnen, 2 VertreterInnen des Jugendverbandes, 14 VertreterInnen aus allen Zusammenschlüssen gewählt; alles quotiert)
- Alternativ-Modell 1 (große Änderung) Änderungen:
  - Landesausschuss trifft sich 4-5 mal im Jahr
  - das Gremium Landesrat fällt weg
  - die Kreisverbände können ihre VertreterInnen entweder auf Kreisparteitagen wählen oder den Kreisvorsitzenden automatisch ein Mandat geben
  - Kreisvorsitzende und Fraktionsvorstand würden (mit Anzahl der Treffen) mehr eingebunden werden
- Alternativ-Modell 2 (kleine Änderung) Aufbau:
  - Landesvorstand (gewählt von Landesparteitag)
  - Landesrat (30 VertreterInnen der Kreisparteitage, 2 VertreterInnen der SeniorInnen, 2 VertreterInnen des Jugendverbandes, 14 VertreterInnen aus allen Zusammenschlüssen gewählt; alles quotiert)
  - Landesausschuss (Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzende, 6 VertreterInnen LTF)
- Alternativ-Modell 2 (kleine Änderung) Änderungen:
  - der neue Landesausschuss ist zwar (ggf) nicht vollständig quotiert, aber die Quotierung ist wesentlich besser als bei status quo
  - Fraktionsgröße ist quotiert

- etwas klarere Aufgaben
- saubere Satzung

aus der Diskussion:

- Variante 1 ist sympathischer; Wie delegieren die Kreise?
  - der/die Kreisvorsitzende automatisch (oder Vertretung) + weitere zu delegierende VertreterInnen
- Was passiert mit den Aufgaben des Landesrats?
  - Landesrat bittet: egal, welches Modell es wird, bitte immer ‚Landesausschuss‘ nennen und nicht ‚Kleiner Parteitag‘
  - der Landesrat sieht die eigene Struktur sinnvoll und lehnt die Änderungen dementsprechend ab
  - Landesrat hat derzeit die Aufgabe, Kontroll- und Initiativorgan sein
    - Kontrollfunktion: eingeschränkt funktionsfähig
    - Initiativfunktion: findet kaum statt
    - für das Vetorecht für Landesvorstandsbeschlüsse benötigt der Landesrat eine absolute Mehrheit, die praktisch häufig durch die geringe Teilnahme der Sitzungen nicht erfüllt werden kann
    - bisheriger Landesrat produziert relativ wenig Output
  - diese Aufgaben (im Interesse der Kreise) sollen mit dem neuen Landesausschuss besser erfüllt werden
  - der Landesausschuss könnte (analog zum Bundesausschuss) weiter die Aufgaben übernehmen
  - Welche Aufgaben werden an den neuen Landesausschuss gegeben?
- die Kreisvorsitzende sollten unabhängig von den anderen KreisvertreterInnen behandelt werden, ggf. 2 VertreterInnen aus jedem Kreisverband
  - ob 26 oder 30 KreisvertreterInnen ist zweitrangig, aber die Frauenquote sollte erfüllt sein
- Variante 1 ist die konsequentere Variante; die Funktion der Kreisvorsitzenden ist gesetzt, plus die weiteren KreisvertreterInnen ist das eine ausgeprägte Kreisvertretungsvariante
- Gibt es VerfechterInnen des Landesrates als Gremium?
  - ist schwierig zu sagen; muss erst im Kreis beraten werden
  - es gibt keine Pflicht, sich heute zu bekennen; sinnvoller Weise im Kreis dazu beraten
- einige Landesratsmitglieder sind unzufrieden über die aktuelle Situation
- Landesrat sollte seine Arbeit einschätzen
- aktive Landesrats-Mitwirkende können im Landesausschuss weiter mitwirken
- die Veränderung der Struktur ist notwendig, da wir seit Einführung des Landesrates rund 4.000 Mitglieder weniger geworden sind
- zu klärende Fragen:
  - Kreisvorsitzende automatisch KreisvertreterInnen?
  - Wahl der VertreterInnen der landesweiten Zusammenschlüsse auf gemeinsamer, jährlich stattfindender LWZ-Versammlung?
    - auf Bundesebene funktioniert dieser Aspekt gut
    - eine Wahl von LWZ-VertreterInnen ist besser, als politische Bestimmung oder per Alphabet
    - positiver Nebeneffekt: das LWZ-Mitwirkungs-Unterschriften nur wegen Mandaten würde eingeschränkt werden
    - bisher konnten nur große LWZs vertreten; nun könnten auch mehrere kleine LWZs eine/n gemeinsame/n VertreterIn bestimmen
  - 2 sorbische VertreterInnen?
  - Landesausschuss tritt außerdem zusammen, wenn „außergewöhnliche finanzielle Belastungen“ entstehen; zu spezifizieren, Vorschlag: bei 10 % des Landesetats
- zwischen Parteitag gibt es kein Gremium, das pressetechnische Duftmarken setzen kann (außer LaVo); ein Landesausschuss wäre ein Gremium, welches eine höhere öffentlich Wirkungsmacht hat
- „außergewöhnliche finanzielle Belastungen“: das ist Aufgabe des Landesvorstandes, Landesschatzmeisters und der Finanzrevisionskommission
- VertreterInnen der Kreise sollten nicht automatisch Kreisvorsitzende sein, sondern auch Kreisvorstandsmitglieder
- sorbische Vertretung: dies ist doch schon mit der besonderen Stellung der LAG gegeben
- wenn die Richtung klar ist, jedoch die Stellschrauben unklar sind, dann sollte es auf dem Landesparteitag einen Modus geben, der die sinnvolle Veränderung auch umsetzen lässt
- in einem Landesausschuss liegt der Fokus auf dem Input und weniger auf der Mitgliederstärke; deshalb eher 26, statt 30 KreisvertreterInnen

- es ist sinnvoll, dass sich ein Landesausschuss mit Finanzen beschäftigt
- im Landesausschuss werden sehr wahrscheinlich auch finanzielle Fragen wichtiger Natur geklärt, egal ob sie über oder unter 10 % Gesamt-Budget betreffen
- der LAG-Sonderstatus wurde ganz bewusst in der Satzung festgehalten
- Die Kreisverbände werden gebeten, dies zu diskutieren.

#### Mandatszeitbegrenzung:

- immer schwierig, wenn man das im Rahmen mit Personalfragen diskutiert
- die Geschlechterquotierung ist ein machbares Kriterium (gerichtlich ausgefochten); eine feste Erneuerungsquote (Mandatszeitbegrenzung) ist weder gerichtlich zulässig oder unzulässig abgeurteilt
- um das dennoch definitiv rechtssicher zu machen, sollte die Erneuerungsquote im Personalvorschlag fixiert werden
  - der Personalvorschlag ist für die VertreterInnenversammlung nicht zwingend bindend
- Welchen Zweck hat die Mandatszeitbegrenzung?
- um Austausch nicht immer nur bei den Neulingen durchzusetzen, umgekehrte Mandatszeitbegrenzung (also nicht „20% müssen neu sein“, sondern „maximal 80% dürfen nicht mehr 3 oder mehr Perioden enthalten“); wurde diskutiert
  - Vorschlag 1: „20 % Neulinge unter den ersten x Listenplätzen“ (x = Anzahl der Gesamtplätze der letzten Parlamentswahl)
  - Vorschlag 2 (ergänzend): Anzahl der Perioden im KandidatInnen-Heft aufzählen
  - falls doch umgekehrte Mandatszeitbegrenzung, dann auch 75 % senken
- Danke dafür, dass das Thema behandelt wird; unabhängig davon, ob es eine Mehrheit findet
- Aufnahme von Mandatszeitbegrenzung in die Satzung ist Wahnsinn, da Kompetenz und Potential verloren geht; vorzustellen was auf Bundesebene mit Gregor Gysi passiert wäre, wenn es eine Mandatszeitbegrenzung gebe...
  - es geht nicht um eine vollständige Mandatszeitbegrenzung (100 %), sondern um eine Erneuerungsquote (25 %)
  - die Erneuerungsquote hat einen Sinn und ist auch mehrheitsfähig
  - die Arbeitsfähigkeit ist nicht eingeschränkt, da ja nur ein kleiner Teil erneuert wird
- zur Erinnerung: alle Quotenregelungen beziehen sich nur auf den Listenvorschlag, nicht auf die VertreterInnenversammlung selbst
- der Vorschlag behandelt keine Mandatszeitbegrenzung, sondern eine Erneuerungsquote
- ‚Gregor Gysis‘ (resp. Personen, die mehr als 3 Wahlperioden einziehen sollen) könnten wir beim aktuellen Antrag in der Zahl 16 aufstellen; die VertreterInnenversammlung könnte das ignorieren und sogar 20 ‚Gregor Gysis‘ aufstellen

#### ***Diskussion zu den Vorstandswahlen – Was wollen wir mit dem Landesvorstand erreichen?***

- der Landesvorstand hat das Thema diskutiert; ist seine politischen und organisatorischen Aufgaben nachgekommen
- verschiedene Lebenswelten sollten im Landesvorstand vertreten sein; jedoch ist ein Spiegelbild der Kreisverbände ist nicht möglich (dafür der Landesrat)
- Landesvorstand initiierte gute Beteiligungsmöglichkeiten
- Landesvorstand nimmt wieder stärker Verantwortung für die Bundesebene war (politisch & personell)

#### ***Diskussion, wie „Politik für sorbische Minderheit“ in Sachsen weiterentwickelt werden kann (Stand der bisherigen Zuarbeiten als Aufschlag)***

- die Kreisverbände Bautzen/Görlitz und die LAG SorblInnen wurden gebeten, konkrete Vorschläge einzubringen, wie man die sorbische Minderheit besser vertreten lassen könnte
- Bautzen hat sich gemeldet; die Görlitzer werden noch angeschrieben
- es ist ein Schreiben eingegangen, welches eine gesonderte Wahl eines/r sorbischen SprecherIn mit Sitz im Landesvorstand
- Die BautznerInnen und GörlitzerInnen werden gebeten, sich abzustimmen und einen entsprechenden Antrag beim Landesparteitag einzureichen.
- die Notwendigkeit eines sorbenpolitischen Sprechers/Sprecherin sollte im Landesvorstand besprochen werden
- dies ist auch eine politische Frage, inwieweit man die konservativ wählenden SorblInnen erreicht

- niemand in der Welt da draußen weiß, ob der Landesvorstand einen direkt gewählten sorbenpolitischen Sprecher oder Sprecherin hat; mit zu erwartenden Wahlerfolgen hat das nichts zu tun
- Landesgeschäftsführerin und Landesgeschäftsstelle werden gebeten, die LAG auf Formalie hinzuweisen, wenn sie feststellen, dass hier eine Diskussion zu einem Thema mit entsprechenden Fristen stattfindet
  - Mitglieder des Landesvorstandes haben das getan und darum nachhaltig gebeten, einen Antrag für eine Sorben-Berücksichtigung bei der Aufstellung der Landesliste zu schreiben, das ist aber nicht passiert; die Schlagkraft ist nicht relevant von formellen Funktionen, sondern von handelnden Akteuren
- wenn der Landesvorstand irgendetwas tun soll, sollte hierüber gesprochen und sich ausgetauscht werden

### **TOP 3 – Fortsetzung des TOPs Vorbereitung Landesparteitag**

- Zeitplan ist erster Entwurf; wird je nach Änderungsantragslage geändert
- Geschäftsordnung vom letzten Landesparteitag übernommen
- Arbeitsgremien werden noch beschlossen und Leute danach angesprochen

### **TOP 4 – Auswertung der Landrats- und Bürgermeisterwahlen aus Sicht der Kreisverbände**

#### Dresden:

- Situation hat eine gewisse Dynamik
- Kooperationsvereinbarung LINKE/Grüne/SPD/Piraten für den Stadtrat war eine gute Ausgangsbasis
- gemeinsame Kandidatin Eva-Maria-Stange (SPD) unterstützt
- menschlich gute Zusammenarbeit mit anderen Parteien; technisch schwierige Zusammenarbeit mit der SPD
- CDU hat letzte Großstadt über 500.000 EinwohnerInnen verloren
- Dirk Hilbert wird von Pegida-Festerling unterstützt, jedoch nicht von CDU und AfD
- es wird mit allen Mitteln gekämpft

#### aus der Diskussion:

- FDP-Hilbert kann aus einen bürgerlichen Pott von 30 % schöpfen; wir im Lager der Nicht-WählerInnen?
  - es gibt Ortsteile, da kann man die Stadtratswahlergebnisse kumulieren, und andere Ortsteile, da haben wir das Stadtratswahlergebnis nicht erreicht
- Gibt es eine ausreichende Kommunikation zu den Gewerkschaften? (gerade im Hinblick auf die Kommunikation der sozialen Frage)
- der Lagerwahlkampf wurde schon kommuniziert und wird man auch nicht mehr aus den Köpfen der Menschen rauskommen
  - es ist ein Lagerwahlkampf; dennoch ist es wichtig nicht gegen einen Kandidaten zu mobilisieren, sondern für unsere Positionen

#### Rico Gebhardt:

- Lugau verteidigt
- Borna muss in zweiten Wahlgang, weil 2 Stimmen fehlen
- Böhlen verloren, da unsere Kandidatin nicht mehr angetreten ist; neue Kandidatin hat leider nicht das Ergebnis erreicht
- wir haben noch Chancen in Löbnitz, Leisnig, Böhlen, Bautzen, Borna und Flöha
- sehr große Unterschiede in der KandidatInnenfindung in den Kreisen
- Bedeutung der Bündnisse wurde im Landesvorstand diskutiert:
  - positiv, dass es die Bündnisse gegeben hat (Bündnisfähigkeit in der praktischen Arbeit und in der öffentlichen Wahrnehmung)
  - negativ, dass dies nicht zu besseren Ergebnissen geführt hat
  - es gab unterschiedliche Modelle der Bündnis-Kandidaten (Unterstützung, gemeinsamer Kandidat, keine-Konkurrenz-durch-linke-Parteien)
  - wir haben dennoch die meisten KandidatInnen aufgestellt
- bei den Landratswahlen hat die CDU alle Landratsposten gewonnen; hier ist die (zugeschriebene) Fähigkeit zum Regieren relevant; bei den BürgermeisterInnenwahlen ist der Bekanntheitsgrad relevanter

- CDU hat einige BürgermeisterInnen verloren; strukturell hat das der CDU jedoch nicht geschadet
- Mirko Runkel ist wieder Ordnungsbürgermeister in Chemnitz

aus der Diskussion:

- Landratswahl:
    - bei der Landratswahl konnten inhaltliche Positionen vermittelt werden
    - die Wahlbeteiligung war äußerst niedrig
    - Bündnis-Versuch in Bautzen (LINKE, SPD, Grüne) mit grünem Kandidaten ist nicht aufgegangen; SPD hat keinen wirklichen Wahlkampf gemacht
    - Wahlen nur bedingt vergleichbar, da sich die Lage zwischen den Wahlen verändert (KandidatIn, Bündnis, Konkurrenz, ...)
    - 62 % NichtwählerInnen landesweit; dies ist ein Demokratietproblem
    - Verlust von 3 % zu den letzten Kreistagswahlen nicht eingetreten; Potential für DIE LINKE da
  - BürgermeisterInnenwahl:
    - wir haben ein KandidatInnen-Findungsproblem
    - 2019 haben wir die nächsten Wahlen; bis dahin brauchen wir Handlungsstrategien, wie wir KandidatInnen gewinnen können
  - Wahlen sind immer geeignet, das eigene Image zu verbessern, zu versauen oder zu verändern
  - Dank an die MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle für die Unterstützung im Wahlkampf
  - Wie ist der Vergleich der KandidatInnen-Aufstellung zwischen den Parteien?
    - wir haben 2015 weniger KandidatInnen als 2008, was aber zwischen den Kreisen unterschiedlich ist; auch unterschiedlich ist das Alter der KandidatInnen, da das für den (öffentlichen) Aufbau von KandidatInnen relevant
    - die Kreisverbände stehen strukturell schwächer da; hier muss es einen solidarischen Ausgleich geben
    - die Zahlen aus der Ferne sagen wenig aus. Bsp. Rochlitz: BM-Kandidat 8,7 %, LR-Kandidatin 42 %
  - Vorsicht bei der Aussage, „die CDU kann nicht mehr Großstadt“; CDU kann kein/e OberbürgermeisterIn, jedoch bei den Kommunalwahlen sieht es anders aus
  - Vergleichbarkeit bei allen Personenwahlen relativ schwer
  - Bündnis-Sachen häufig eine Frage von KandidatInnen-Mangel
  - Bündnisse sollten vermieden werden, solange die Summe der zu erwartenden Parteienergebnisse deutlich höher ist, als das zu erwartende Ergebnis der CDU
  - die Bündnisse (ohne die Marke DIE LINKE) führen auch zu einer Aufweichung unseres Labels
- Der Landesvorstand setzt die Bündnisfrage auf seine Agenda.
- Die Kreisverbände werden gebeten, ihre Auswertungen vorzunehmen und dem Landesvorstand zur Verfügung zu stellen.

**TOP 5 – Auswertung des Bundesparteitages**

- Grundeinkommensfrage ist diskutiert worden
- Gisela Wedekind und Ralf Fiebelkorn wurden in die Bundesfinanzrevisionskommission gewählt
- Gregor Gysi hat angekündigt im Herbst nicht wieder für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren
- morgen wird der gf. Parteivorstand zusammenkommen und über eine Nachfolge beraten; in der öffentlichen Debatte stehen Sarah Wagenknecht und Dietmar Bartsch

aus der Diskussion:

- Wieviel Geld wird durch den gemeinsamen Bus gespart?(BPT)
  - Die Landesgeschäftsstelle schickt die Information nochmal rum.
- Waren wir mit unseren Delegierte zahlreich anwesend?
  - wir hatten 14 unbesetzte Mandate; wir hatten zeitgleich Landrats-/BürgermeisterInnen-Wahlen; die Nachrückerzahlen konnte dies nicht alles ausgleichen

Antje Feiks  
Landesgeschäftsführerin